



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XV/88 - 14/ April 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0888890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>"Blitzkrieg"</u> Von Helmut Schmidt, MdB	84
3 - 4	<u>Zeitnah und dogmenfrei</u> Das neue Programm der schwedischen Sozialdemokratie Von unserem Korrespondenten in Stockholm, Rudolf Hübner	68
5	<u>Klerus und CDU/CSU</u> Diskussion über Identifizierung von Kanzlerpartei und Kirche	51
6	<u>Jenseits der "großen Politik"</u> Zum Warenverkehrs-Abkommen zwischen Bonn und Warschau	19
6	<u>Grossbritannien gibt auf</u> Von Raketenwettbewerb ausgeschlossen	26
7 - 11	<u>Die Krankenanstalten in der Bundesrepublik</u> Von Helene Wessel, MdB Die Situation der Krankenanstalten in der Bundesrepublik ist äußerst kritisch. Die Arbeit von MdB Helene Wessel gibt einen genauen Einblick in diese Situation und stellt gleichzeitig die Bemühungen der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion zur Deckung des Nachholbedarfs der Krankenanstalten dar.	254

* * *

Der SPD-Pressediens wünscht seinen Abonnenten, Mitarbeitern und Freunden ein frohes Osterfest!

"Blitzkrieg"

Von Helmut Schmidt, MdB

Vor einigen Wochen hat Herr Ulbricht, der sich inzwischen den zusätzlichen Titel "Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates der DDR" zugelegt hat, eine neue Propagandamaske gefunden: sie heisst "Blitzkrieg". Auf alle mögliche Weise "enthüllt" die SED seither, dass Bonn sich angeblich auf einen Blitzkrieg gegen die sogenannte DDR vorbereitet. Ulbricht behauptet wörtlich: "Eines Tages beginnt die westdeutsche Armee mit Hilfe von Atomwaffen einen Blitzkrieg auf die DDR. In wenigen Stunden hoffen sie dann, an der Oder-Neisse-Grenze zu stehen, bevor irgendein anderer Staat eingreifen kann." Ebenso behaupten die Kommunisten, die von ihnen zum Zwecke der Herabsetzung sogenannte "rechte SPD-Führung" wisse von diesen Plänen und mache bei allen vorbereitenden Beschlüssen mit. Und schliesslich veröffentlicht die SED in ihren Zeitungen alberne Aufrufe an die Adresse namentlich genannter Sozialdemokraten, sie sollten Ulbrichts "Enthüllungen" bestätigen.

Es mag vielleicht einige Menschen geben, die angesichts der bei uns in Westdeutschland mit Recht weitverbreiteten Abneigung gegen das Ausmaß der Rüstung und gegen die Personen an der Spitze der Bonner Regierung auf Ulbrichts Propagandamaske hereinfallen könnten.

Für sie rufen wir 10 Tatsachen in Erinnerung:

1. Die Aufrüstung der "DDR" unter Ulbricht in Gestalt der kaser-nierten Volkspolizei, später umgetauft in "Nationale Volksarmee", begann mehrere Jahre früher als diejenige der Bundesrepublik unter Adenauer. Insofern hat Herr Ulbricht Herrn Adenauer absolut nichts vorzuwerfen.
2. In der "DDR" stehen heute 22 sowjetische motorisierte und Pan-zer-Divisionen bereit; in der Bundesrepublik 6 1/2 englische und amerikanische Divisionen. Die aus fremden Stationierungstruppen plus jeweiligen deutschen Streitkräften sich ergebende Gesamt-militärmacht ist in der "DDR" doppelt so zahlreich wie in der Bun-desrepublik.
3. Trotz allen Stimmaufwands hat Herr Strauss von der NATO noch nicht eine einzige Atombombe erhalten; Präsident Eisenhower hat dafür seine guten Gründe. Und trotz seiner selbstbewussten Ankün-digungen hat auch Ulbricht von Moskau noch nicht eine einzige Atomrakete erhalten; Chruschtschow hat dafür augenscheinlich eben-falls seine wohlüberlegten Gründe.

4. Das militärische Kräfteverhältnis gestattet der Bundeswehr keinen Angriff; sie kann froh sein, wenn ihre Manöver und Plan-spiele auf dem Papier die Fähigkeit erweisen, einen östlichen An-griff abzuwehren oder aufzuhalten. Die Theorie vom Blitzkrieg Richtung Osten ist deshalb blasse Propaganda. Leider gibt es aller-dings in der Bundesrepublik eine Handvoll politischer Wirtköpfe, die durch ihre Reden solcher Propaganda Vorschub leisten.

5. Weder die NATO noch die Sowjets wollen einen Krieg oder können sich das Risiko eines Krieges leisten. Diese Erkenntnis wird durch den Ablauf der kommenden Gipfelkonferenz in Paris erneut bestätigt werden - selbst wenn die Konferenz sonst keine greifbaren Verein-barungen erbringen sollte.

6. Wenn es überhaupt in Deutschland eine Kriegsgefahr gibt, dann deshalb, weil unser Vaterland gespalten ist und beide Teile ge-geneinander aufrüsten.

7. Die deutschen Sozialdemokraten waren, sind und bleiben Gegner dieses Rüstungswettlaufes. In der Bundesrepublik können sie ihre Stimme frei erheben und sie finden wachsende Resonanz im deutschen Volke - in der "DDR" freilich nur insgeheim, denn dort werden sie mit allen Mitteln staatlichen Terrors unterdrückt.

8. Seit mehr als 30 Jahren sind die deutschen Kommunisten nichts anderes als willfährige Werkzeuge in der Hand sowjetischer Führer. Der gegenwärtige Machtrausch deutscher Kommunisten in der "DDR" ist nur möglich wegen der massenhaften Anwesenheit russischer Panzer.

9. Auch in der Bundesrepublik gibt es machtgerige Politiker, die eine Gefahr darstellen. Auch ihr Machtrausch ist teilweise ein Ausfluss der Unterstützung durch auswärtige Mächte.

10. Wir deutschen Sozialdemokraten wiederholen deshalb für die Gipfelkonferenz unseren Vorschlag, alle ausländischen Truppen schrittweise aus Mitteleuropa zurückzuziehen, die nachbleibenden eigenen Truppen der mitteleuropäischen Staaten zu begrenzen und diese ganze mitteleuropäische Zone begrenzter Rüstung interna-tional zu kontrollieren. Nur so kann auch eine Lösung der deutschen Frage möglich werden.

Wir meinen: Sowohl jene geistigen Erben des seligen Herrn Hugenberg von der deutschnationalen Partei als auch die deutschen Kommu-nisten in Pankow sind der Faszination der Macht erlegen. Zwischen ihnen steht als das demokratische Gewissen unseres Volkes die Sozial-demokratie. Nur ein demokratisches Regime kann eine Garantie bieten gegen jede Machtbesoffenheit und jede Form von Militarismus. Die Kom-munisten aber verabscheuen die Demokratie, sie ist ihnen nur Propaganda-trick - und in Bonn gibt es manchen, dem die Demokratie auch nur Man-tel ist, welcher die wahre Gestalt verküllt. Deshalb ist das Schick-sal der deutschen Demokratie mit dem Erfolg der Sozialdemokraten und der Frieden in Europa nicht zuletzt mit dem Schicksal der Demokratie in Deutschland verbunden.

+ + +

Zeitnahe und dogmenfrei

Von unserem Korrespondenten in Stockholm, Rudolf Hübner

Der Kongress der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Schwedens, der zu Ostern in Stockholm stattfindet, wird über ein neues Parteiprogramm zu beschliessen haben.

In der Form gliedert sich der Programmentwurf in einen grundsätzlichen Teil, welcher aus einer Kritik der Gesellschaftsentwicklung die Auffassung der Sozialdemokratie über Inhalt und Formen des menschlichen Zusammenlebens ableitet, sowie in ein politisches Programm, das in Stichworten oder kurzen Sätzen die wesentlichen Programmpunkte darstellt.

Der Programmentwurf lehnt sich an das alte, immer wieder (zuletzt 1944) revidierte Programm an, zieht aber die Konsequenzen aus der Tatsache, daß die Partei während ihrer jahrzehntelangen Regierungszeit aus Schweden einen der modernsten Sozialstaaten der Welt gemacht hat, daß demnach viele alte Forderungen der Partei bereits verwirklicht werden konnten und dass die rasante Entwicklung der Technik und Wissenschaften für die Gesellschaftsentwicklung neue Aspekte eröffnet hat, die früher kaum oder nur wenig Beachtung gefunden haben.

Die Tatsache, dass die neuen Verkehrsmöglichkeiten ferne Länder nähergerückt haben, dass die politischen Kraftfelder sich über ganze Kontinente erstrecken und die Verflechtung der Weltwirtschaft unser eigenes Schicksal mit jenem anderer Völker angleich stärker verknüpft hat als früher, findet ihren Niederschlag in einem, im wesentlichen neuen Kapitel, das sehr stark die internationale Solidarität unterstreicht.

Die Erfahrungen auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik haben die schwedischen Sozialdemokraten gelehrt, daß die - von den politischen Gegnern noch immer als vornehmstes Schreckmittel für die Mittelschichten verwendete - Sozialisierung der Produktionsmittel keineswegs den Charakter eines "Tischlein deck dich!" hat, sondern daß eine Rahmenplanung der Wirtschaft sowie die rigorose Kontrolle über Produktion und Verteilung der Produktionsergebnisse ausgezeichnete Instrumente einer Wohlfahrtspolitik auf breitester Basis sein können.

Die Partei will sich auf dem Gebiete der Wirtschaft nicht durch alte Vorstellungen über die Grenzen zwischen Gemeinschafts- und Privateaufgaben behindern lassen, sondern jeweils jenen Wirtschaftsformen den Vorzug geben, welche am effektivsten und zweckmäßigsten den Wohlstand aller fördern. Sie vertritt die Forderung nach Gemeinschaftseigentum.

oder Gemeinschaftskontrolle an den Naturschätzen und den Wirtschaftsunternehmen in den Lasse, das erforderlich ist, um wichtige Staatsbürgerinteressen wahrzunehmen. Sie ist bereit, neue Unternehmen in Gemeinschaftseigentum oder unter Gemeinschaftskontrolle zu schaffen, wenn die Privatwirtschaft ausserstande ist, wesentliche Bedürfnisse zu befriedigen. Wie das neue SPD-Programm beinhaltet der Entwurf der schwedischen Partei auch eine scharfe Kampfansage den Missbrauche wirtschaftlicher Macht, die in den Händen weniger konzentriert ist.

Die Produktion soll - wie im Entwurfe ausgeführt wird - nicht zum Selbstzweck werden, sondern die wesentlichen materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Menschen befriedigen. Ein jeder soll seine Persönlichkeit frei entfalten können. Das Recht auf Arbeit, die 40-Stunden-Woche, der weite Bereich einer familienstützenden Sozialpolitik, die Brechung des Bildungsmonopols der Bemittelten, die Förderung des Kulturlebens und vieles andere sollen diese Persönlichkeitsentwicklung vorantreiben. Wie das Programm der SPD, so zieht auch der schwedische Entwurf eine scharfe Grenze gegenüber allen Formen der Diktatur.

In der Aussenpolitik befürwortet der Entwurf eine feste Neutralitätspolitik, gestützt auf eine positive Verteidigungspolitik. Er erwähnt Schwedens Streben, den Weltfrieden zu sichern und eine internationale Abrüstung zustande zu bringen, sein Eintreten für die Vereinten Nationen, seine humane Flüchtlingspolitik und seinen Willen, den ehemaligen Kolonialvölkern zu helfen. In der Programmdiskussion ist der Ausdruck Neutralität häufig kritisiert worden, weil Schwedens Aussenpolitik wohl "allianzfrei", nicht aber "neutral" in dem Sinne sei, daß sie sich einer Stellungnahme in aussenpolitischen Zusammenhängen enthalte.

Bei einem Vergleich des neuen SPD-Programmes mit dem schwedischen Entwurfe ergibt sich eine weitgehende Übereinstimmung. Hinsichtlich der Wirtschafts- und der Wehrpolitik sind die Akzente etwas verschieden. Beim Lesen des schwedischen Entwurfes, in dem viele Programmpunkte nicht Forderungen an die Zukunft, sondern bereits geschaffene Zustände darstellen, wird einem bewusst, dass die Formulierungen von Menschen stammen, die vieles erreicht haben und mit Recht auf ihr "Volksheim" stolz sein können.

Klerus und CDU/CSU

Von profiliertem katholischer Seite in Bayern wird uns geschrieben:

Das Ergebnis der Kommunalwahlen in Bayern hat in Kreisen katholischer Geistlicher zu der interessantesten Diskussion über die Frage geführt, wie lange es die katholische Kirche noch dulden kann, von manchen CDU- und CSU-Politikern mit der Kanzlerpartei identifiziert zu werden. Intern ist diese Fragestellung schon häufiger aufgeworfen worden; sie gewinnt aber dadurch an Aktualität, daß gerade in einigen ausgesprochen katholischen Gegenden Bayerns viele Wähler der CSU den Rücken gekehrt haben.

Auf katholischer Seite wird in diesem Zusammenhang wie folgt argumentiert: Die Identifizierung der Kanzlerpartei mit der katholischen Kirche, die von vielen Gläubigen lange Zeit für eine Selbstverständlichkeit gehalten wurde, wirkt sich in zunehmendem Maße praktisch gegen die katholische Kirche und die bisher für unabänderlich gehaltene Autorität vieler Priester aus. Es hat sich herausgestellt, daß Empfehlungen der Art, "der Katholik soll eine Christliche Partei wählen" (womit die CDU/CSU gemeint war, weil sie das Wort "christlich" in ihrem Parteinamen trägt), von vielen katholischen Gläubigen nicht mehr befolgt werden. Von kirchlicher Seite werden nun Überlegungen darüber angestellt, ob es ein Mittel gibt, CDU- und CSU-Politiker daran zu hindern, die Identifizierung der Kanzlerpartei mit der Kirche auch weiterhin fortzusetzen. Gerade der Wahlausgang in Bayern - so wird betont - habe gezeigt, wie gefährlich eine solche Methode der CDU/CSU-Politiker sei.

Sehr gewichtige Kreise der katholischen Kirche drängen darauf, daß man die Führungsgremien der CDU/CSU auf diese Entwicklung mit allen Ernst hinweist und sie ersucht, von der Kirche nicht gewollte, aber die von gewissen christlich-demokratischen Politikern immer wieder betonte Identifizierung zwischen Kirche und Kanzlerpartei zu unterlassen.

+ + +

Jenseits der "großen Politik"

Zum Warenverkehrs-Abkommen Bonn - Warschau

sp - Jenseits der "großen Politik" wurde in diesen Tagen ein neues deutsch-polnisches Warenverkehrs-Abkommen abgeschlossen, wonach der Warenaustausch zwischen beiden Ländern ein Gesamtvolumen von über rd. 600 Millionen DM erreichen kann. Die Bundesrepublik liefert nach Polen Waren im Werte von 330 Millionen DM und Polen nach der Bundesrepublik Waren im Werte von 270 Millionen DM. Beim ersten Warenverkehrs-Abkommen im November 1956 belief sich das Volumen des wechselseitigen Warenaustausches auf rund 370 Millionen DM. Das neue Abkommen wurde der Entwicklung der Volkswirtschaften in beiden Ländern angepaßt. - Abgesehen von der wirtschaftlichen Bedeutung dieser Vereinbarung muß in ihr auch ein Politikum gesehen werden. Die Tatsache, daß es möglich war, diese Vereinbarung abzuschließen, zeigt die Perspektive von Kontakten zwischen zwei Ländern, deren gesellschaftliche Systeme nicht übereinstimmen. In Bonn und Warschau wurden die Verhandlungen, die dieses Warenverkehrs-Abkommen zum Ergebnis hatten, mit größter Diskretion durchgeführt. Auf beiden Seiten war man sich darüber einig, die "große Politik" aus dem Spiel zu lassen, jede Polemik zu vermeiden und nur harte Tatsachen wirtschaftlicher Art sprechen zu lassen. Beide Seiten sind zu beglückwünschen.

+ + +

Grossbritannien gibt auf

sp - Grossbritannien, die dritte Atommacht, wird sich in der Zukunft am Raketenwettlauf der beiden Giganten, USA und Sowjetunion, nicht mehr beteiligen. Dieser Beschluss fiel der britischen Regierung nicht leicht und er wurde im Unterhaus nicht ohne stürmische Auseinandersetzungen zur Kenntnis genommen. Fast 800 Millionen DM hatten die bisherigen Vorbereitungen für die Entwicklung einer ballistischen Mittelstreckenrakete mit einer Reichweite von 4000 Kilometern verschlungen. Nun stellte es sich heraus, dass nach ihrer Fertigstellung diese Rakete wieder längst veraltet und deshalb nicht brauchbar wäre. Die nüchternen Briten zogen daraus die Folgerung, auf diesem Gebiete auf Eigenleistungen zu verzichten. Die Entwicklung in der modernen Raketentechnik vollzieht sich in einem derart stürmischen Tempo, dass selbst Ländern wie Grossbritannien dabei der Atem ausgeht. Diese Experimente kosten viele Milliarden, die man schon nach wenigen Jahren wieder abschreiben muss; militärisch ist kaum etwas gewonnen, aber ökonomisch bringt die Mitbeteiligung am Raketenwettlauf das Land an den Rand des Ruins. - Nur die beiden Weltmächte können sich, vorläufig noch, den Luxus leisten, einen immer grösseren Teil ihres Nationaleinkommens für kostspielige Experimente zu verwenden. Aber auch für sie dürfte in absehbarer Zeit die Grenze erreicht sein, wo ein zeitweiliger Vorsprung in der Raketentechnik die inneren Gefahren einer inflationären Entwicklung nicht aufwiegt. Die beiden Weltmächte stehen vor der Wahl, im Rüstungswettlauf ihre ökonomischen Energien verzehren zu lassen, oder aber nach Wegen zur Begrenzung der Rüstungen zu suchen. Sie werden sich wohl für den letzteren Weg entscheiden müssen, denn auch sie können nichts Unzumutbares von ihren Völkern erwarten.

+ + +

- 7 -

Die Krankenanstalten in der Bundesrepublik

Von Helene Wessel, MdB

Für den Kenner der Verhältnisse spielt die Lage der Krankenhäuser in der Bundesrepublik und insbesondere die der fehlenden Betten nicht erst seit der Grippe-Epidemie Ende 1959 eine wichtige Rolle. Die Zeitungen mußten berichten, daß in einer Reihe von Krankenhäusern die Unterbringung von Kranken infolge Fehlen der Betten nicht möglich war oder nur solche Kranke aufgenommen werden konnten, bei denen direkte Lebensgefahr bestand. Die Stadt München faßte u.a. den Beschluß, daß nur ansässige Münchener in ihre Krankenhäuser aufgenommen werden durften.

Schon seit Jahren beschäftigt sich die Sozialdemokratische Partei und insbesondere die Bundestagsfraktion mit der Lösung der für die Gesundheit unseres Volkes so wichtigen Krankenhausfrage. Auch bei der diesjährigen Beratung des Haushaltsplans 1960 hat die Bundestagsfraktion folgenden Antrag gestellt und begründet:

"Zur Deckung des Nachholbedarfs der Krankenanstalten, insbesondere zur Rationalisierung von Einrichtungen im medizinischen und im Wirtschafts- und Versorgungsbereich, sollen in den Jahren 1960 bis 1965 zinslose Darlehen im Gesamtbetrag von 300 Millionen DM gewährt werden. Für 1960 werden für diesen Zweck erstmalig 50 Millionen DM - anstatt der vorgesehenen 25 Millionen DM - bereitgestellt".

Dieser SPD-Antrag ist umso dringender, da nach zuverlässigen Unterlagen 30 000 Krankenhausbetten in der Bundesrepublik fehlen.

Dieser Artikel soll anhand der Statistik die Lage der Krankenhausanstalten im Jahre 1958 darlegen, um daran die Wichtigkeit dieser Frage und die Notwendigkeit der Hilfe durch die Bundesregierung zu zeigen. Die in "Wirtschaft und Statistik" (Heft 12/1959) darüber veröffentlichten Angaben dienen als Unterlage. Neueres amtliches Material steht darüber nicht zur Verfügung.

Art- und Zweckbestimmung und Bettenzahl der Krankenanstalten

Im Bundesgebiet (einschließlich Saarland und Berlin-West) waren am 31. Dezember 1958 genau 3 594 Krankenanstalten vorhanden. Darin sind sämtliche, der geschlossenen Krankenfürsorge dienenden Krankenanstalten jeder Größe, die Heilzwecken dienen und entsprechend eingerichtet sind - auch Entbindungsheime, die in der Regel über mehr als zehn planmäßige Betten verfügen - erfasst. Gegenüber dem Vorjahre hat sich der Bestand an Krankenanstalten im Bundesgebiet um 55 erhöht.

Den Kranken standen 588 293 planmäßige Betten zur Verfügung. Die Betten für Neugeborene sind darin nicht enthalten. Die Bettenzahl hat sich gegenüber dem Vorjahr um 5 067 (0,9 v.H., in Berlin 1,2 v.H.) erhöht. Berechnet auf die Einwohnerzahl entfielen auf 10 000 Einwohner 106 planmäßige Betten gegenüber 107 in den beiden letzten Jahren.

Betrachtet man die Bettenziffern (berechnet auf 10 000 Einwohner) in den einzelnen Bundesländern, so ist eine leichte Erhöhung in Bayern, Hessen und Rheinland-Pfalz festzustellen, während sie in Schleswig-Holstein, Bremen und Nordrhein-Westfalen - wie im Vorjahre - einen weiteren Rückgang zeigen. Dabei ist zu beachten, daß es in einigen Ländern, wie in Schleswig-Holstein und Niedersachsen, Krankenanstalten gibt, die ausschließlich durch Kranke aus anderen Bundesländern belegt werden und somit für die einheimische Bevölkerung ausfallen. So wurden in Schleswig-Holstein von den 25 598 Betten 3 496, in Niedersachsen von 62 128 Betten 2 918 durch Kranke aus anderen Ländern belegt.

Die nachfolgende Aufstellung zeigt im einzelnen die Zahl der Krankenanstalten und ihrer Betten in den Ländern in den Jahren 1956 - 1958.

Die Krankenanstalten in den Ländern am 31. Dezember 1958:

L a n d	1 9 5 8		1958	1957	1956
	Kranken-		Planmäßige B e t t e n		
	anstalten		auf 10 000 Einwohner		
	A n z a h l				
Schleswig-Holstein	142	25 598	112	114	117
Hamburg	61	19 562	108	109	111
Niedersachsen	445	62 128	95	95	93
Bremen	16	5 916	87	89	108
Nordrhein-Westfalen	786	167 872	109	111	112
Hessen	299	51 866	112	109	108
Rheinland-Pfalz	239	34 509	103	101	101
Baden-Württemberg	602	80 374	108	108	110
Bayern	807	101 540	109	108	106
Saarland	43	9 427	91	91	92
Bundesgebiet	3 440	558 792	106	107	107
ohne Berlin-West					
Berlin-West	154	29 501	133	131	129

Nach der Art der Krankenanstalten entfielen im Berichtsjahr von den planmäßigen Betten:

55,3 v.H. (1957 = 55,4 v.H.) auf öffentliche Anstalten. An der Gesamtzahl der Anstalten waren diese mit 39,4 v.H. (1957 = 39,6 v.H.) beteiligt. 1958 betrug der Anteil 62,6 v.H. Träger der öffentlichen Anstalten sind Städte und Gemeinden, Kommunal- und Bezirksverbände, Bund, Länder sowie die Sozialversicherungen.

38,1 v.H. (1957 = 38,3 v.H.) der Betten wurden von den freien gemeinnützigen (caritativen) Krankenanstalten gestellt. Ihr Anteil an den Krankenanstalten betrug 36,5 v.H. (1957 = 37,0 v.H.). 1958 war ihr Anteil 31,4 v.H.

5,6 v.H. (1957 = 6,3 v.H.) der Betten befanden sich in privaten Krankenanstalten. An der Gesamtzahl der Krankenanstalten hatten diese einen Anteil von 24,1 v.H. (1957 = 23,4 v.H.) Gegenüber 1958 ist mit 6,0 v.H. eine leichte Zunahme zu verzeichnen.

Die Zahl der Krankenbetten ist im Berichtsjahr gegenüber 1957 in den öffentlichen Krankenanstalten um 2 225 (0,7 v.H.), in den privaten Krankenanstalten um 1 842 (5,3 v.H.) und in den gemeinnützigen Krankenanstalten um 1 000 (0,5 v.H.) gestiegen.

27,9 v.H. (1957 = 27,1 v.H.) der Krankenanstalten waren sogenannte Beleganstalten, die über rund 12,7 v.H. (1957 = 12,0 v.H.) der gesamten planmäßigen Betten verfügten. In den Beleganstalten werden von den Anstaltsträgern den Kranken zur Pflege und Verpflegung gewährt. Die ärztliche Betreuung wird von den sogenannten Belegärzten ausgeübt, die in freier Praxis tätig sind und auf Grund vertraglicher Vereinbarungen mit den Krankenhaussträgern ihre stationär eingewiesenen Kranken selbst behandeln. In diesen Belegkrankenhäusern entfielen von den planmäßigen Betten 57,1 v.H. auf die freien gemeinnützigen Kostenträger, 35,9 v.H. auf die öffentlichen Anstaltsträger und 7,0 v.H. auf die Privatkliniken.

Gliedert man die Krankenanstalten nach der Größenklasse der planmäßigen Betten, so lag das Schwergewicht bei den Privatkliniken mit 63,9 v.H. (1957 = 66,0 v.H.) in der Größenklasse bis zu 100 Betten, bei den

Freien gemeinnützigen Krankenanstalten in der Größenklasse 100 - 400 Betten mit 58,5 v.H. (1957 = 58,2 v.H.) und bei den öffentlichen Krankenanstalten mit 53,9 v.H. (1957 = 54,2 v.H.) in den Größtklassen 400 bis unter 1 000 Betten. Es ist zu beachten, daß die öffentlichen Krankenanstalten in Bezug auf die Bettenzahl auch dadurch eine Sonderstellung einnehmen, weil zu ihnen Universitätskliniken, Anstalten für Geisteskrankhe und Tuberkulosekranke, sowie vorwiegend die Krankenanstalten in den Großstädten gehören. Dementsprechend liegt bei ihnen der Schwerpunkt bei den großen Anstalten mit 1 000 und mehr Betten, die mit 29,8 v.H. an der Gesamtbettenzahl der öffentlichen Krankenanstalten beteiligt sind.

Nach der Zweckbestimmung waren im Jahre 1958 an Krankenanstalten in der Bundesrepublik (ohne Berlin) vorhanden:

Zweckbestimmung der Krankenanstalt	1 9 5 8		1957
	Kranken- anstalten	Planmäßige Betten	
allgemeine Krankenanstalt	1 866	336 438	532 034
Fachkrankenanstalt	1 542	220 282	219 941
davon:			
Krankenanstalt für innere Krankheiten	166	15 188	15 721
Krankenanstalt für Infektionskrankheiten	5	266	266
Säuglings- und Kinderkrankenanstalt	104	14 626	14 106
Tuberkulosekrankenanstalt	291	42 304	42 745
Chirurgische Krankenanstalt	182	12 164	13 368
Orthopädische Krankenanstalt	47	5 680	5 754
Gynäkologisch-geburtshilfliche Krankenanstalt	168	8 074	8 285
Entbindungsheim	36	434	397
Psychiatrische und neurologische Krankenanstalt, einschließlich Krankenanstalt für Suchtkranke	153	94 445	95 371
Krankenanstalt für Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten	40	568	874
Augenkrankheiten	44	1 630	1 595
Haut- und Geschlechtskrankheiten	14	1 416	1 399
Kur-Krankenanstalt	256	19 761	16 449
Sonstige Fachkrankenanstalt (u.a. für Strahlentherapie, chronisch Kranke)	36	3 406	3 611
Gefängniskrankenanstalt	32	2 072	1 750
insgesamt:	3 440	558 792	553 725

Wie die vorstehende Tabelle zeigt, ist gegenüber dem Vorjahr die Zahl der planmäßigen Betten in fast allen Fachkrankenanstalten für die laufenden stationären Behandlungen zurückgegangen. Der stärkste Rückgang ist mit 9,0 v.H. der Betten in den Chirurgischen Krankenanstalten, die auch zahlenmäßig mit 12 Anstalten am stärksten abgenommen haben, festzustellen. Es folgen mit 3,4 v.H. die Fachkrankenanstalten für Innere Medizin. In den neurologischen, psychiatrischen und Sucht-Krankenanstalten betrug die Abnahme der Betten 1,0 v.H. Eine Verminderung um 5,3 v.H. war bei den Tuberkulose-Krankenanstalten zu verzeichnen. Ein leichter Anstieg der Betten von 3,7 v.H. war in den Säuglings- und Kinderkrankenanstalten festzustellen. Außerordentlich hoch mit 20,1 v.H. war die Zunahme der Bettenzahl in den Kur-Krankenanstalten, die sich gegenüber 1957 um 38 Anstalten vermehrt haben. In Bayern waren allein von 22 neu errichteten Krankenanstalten 14 Kur-Krankenanstalten.

Freien gemeinnützigen Krankenanstalten in der Größenklasse 100 - 400 Betten mit 58,5 v.H. (1957 = 58,2 v.H.) und bei den öffentlichen Krankenanstalten mit 53,9 v.H. (1957 = 54,2 v.H.) in den Größtklassen 400 bis unter 1 000 Betten. Es ist zu beachten, daß die öffentlichen Krankenanstalten in Bezug auf die Bettenzahl auch dadurch eine Sonderstellung einnehmen, weil zu ihnen Universitätskliniken, Anstalten für Geisteskranke und Tuberkulosekranke, sowie vorwiegend die Krankenanstalten in den Großstädten gehören. Dementsprechend liegt bei ihnen der Schwerpunkt bei den großen Anstalten mit 1 000 und mehr Betten, die mit 29,8 v.H. an der Gesamtbettenzahl der öffentlichen Krankenanstalten beteiligt sind.

Nach der Zweckbestimmung waren im Jahre 1958 an Krankenanstalten in der Bundesrepublik (ohne Berlin) vorhanden:

Zweckbestimmung der Krankenanstalt	1 9 5 8		1957
	Kranken- anstalten	Planmäßige	Betten
Allgemeine Krankenanstalt	1 866	336 438	332 034
Fachkrankenanstalt	1 542	220 282	219 941
davon:			
Krankenanstalt für innere Krankheiten	166	15 188	15 721
Krankenanstalt für Infektionskrankheiten	5	266	266
Säuglings- und Kinderkrankenanstalt	104	14 626	14 106
Tuberkulosekrankenanstalt	291	42 304	42 745
Chirurgische Krankenanstalt	182	12 164	13 368
Orthopädische Krankenanstalt	47	5 680	5 754
Gynäkologisch-geburtshilfliche Krankenanstalt	168	8 074	8 295
Entbindungsheim	36	434	397
Psychiatrische und neurologische Krankenanstalt, einschließlich Krankenanstalt für Suchtkranke	153	94 445	95 371
Krankenanstalt für Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten	40	868	874
Augenkrankheiten	44	1 650	1 595
Haut- und Geschlechtskrankheiten	14	1 416	1 399
Kur-Krankenanstalt	256	19 761	16 449
Sonstige Fachkrankenanstalt (u.a. für Strahlenheilkunde, chronisch Kranke)	36	3 406	3 611
Gefängniskrankenanstalt	32	2 072	1 750
insgesamt:	3 240	558 792	553 725

Wie die vorstehende Tabelle zeigt, ist gegenüber dem Vorjahr die Zahl der planmäßigen Betten in fast allen Fachkrankenanstalten für die laufenden stationären Behandlungen zurückgegangen. Der stärkste Rückgang ist mit 9,0 v.H. der Betten in den Chirurgischen Krankenanstalten, die auch zahlenmäßig mit 12 Anstalten am stärksten abgenommen haben, festzustellen. Es folgen mit 3,4 v.H. die Fachkrankenanstalten für Innere Medizin. In den neurologischen, psychiatrischen und Sucht-Krankenanstalten betrug die Abnahme der Betten 1,0 v.H. Eine Verminderung um 5,3 v.H. war bei den Tuberkulose-Krankenanstalten zu verzeichnen. Ein leichter Anstieg der Betten von 3,7 v.H. war in den Säuglings- und Kinderkrankenanstalten festzustellen. Außerordentlich hoch mit 20,1 v.H. war die Zunahme der Bettenzahl in den Kur-Krankenanstalten, die sich gegenüber 1957 um 38 Anstalten vermehrt haben. In Bayern waren allein von 22 neu errichteten Krankenanstalten 14 Kur-Krankenanstalten.

Krankenbestand und Krankenbewegung 1958

Im Bundesgebiet wurden im Berichtsjahr 1958 in den Krankenanstalten rund 7 Millionen Kranke stationär behandelt. Die Zahl der Pflage tage betrug rund 194 Millionen. Die Zahl der Kranken und der Pflage tage hat in den letzten Jahren ständig zugenommen. Jedes Krankenhausbett war - berechnet auf den Bundesdurchschnitt - 328 Tage belegt. Gegenüber 1957 ist der Belegungsgrad mit 327 Tagen leicht angestiegen. Er lag bei den öffentlichen und freier gemeinnützigen Krankenanstalten höher als bei den Privatkliniken. Im Schnitt wurden die Betten zu 89,8 v.H. ausgenutzt. Im Jahre 1954 betrug der Grad der Bettenausnutzung 76,4 v.H., 1958 = 83,1 v.H. Die durchschnittliche Bettenbelegung betrug 1954 = 279 Tage, 1958 = 303 Tage.

In den Krankenanstalten starben 1958 insgesamt 233 463, rund 3,5 v.H., der stationär behandelten Kranken. Gegenüber dem Vorjahr waren es 1,4 v.H. weniger, wobei zu beachten ist, daß im Berichtsjahr 1958 die Zahl der Gesamtsterbefälle um 3,0 v.H. zurückgegangen ist. Eine Leichenöffnung erfolgte bei 20,7 v.H. der in Krankenanstalten Gestorbenen.

Ausgaben für das Gesundheitswesen

Die letzten darüber vorliegenden Zahlen beziehen sich auf das Rechnungsjahr 1957 nach den Ergebnissen der Staats- und Kommunal Finanzen. Danach betrugen die Ausgaben im Bundesgebiet einschließlich Berlin-West (ohne Saarland) von Bund, Ländern und Gemeinden für das Gesundheitswesen im Rechnungsjahr 1957 rund 2,6 Milliarden DM. Um rund 300 Millionen DM haben sich diese Ausgaben gegenüber 1956 erhöht.

Für den Betrieb der gesamten Krankenanstalten wurden 1957 mit rund 2,2 Milliarden DM ebenfalls 300 Millionen DM mehr als im Vorjahr ausgegeben.

An den Gesamthaushaltsausgaben betrug der Anteil 1957 für das Gesundheitswesen 3,9 v.H. Gegenüber 1956 ist er unverändert geblieben.

Das Heil- und Pflegepersonal in den Krankenanstalten 1958

Im Jahre 1958 waren in den Krankenanstalten 21 983 hauptamtliche Ärzte und 7 064 Belegärzte (das sind in freier Praxis hauptberuflich tätige Ärzte) beschäftigt, zusammen 29 047 Ärzte. Im Vergleich zu 1957 ist die Zahl der angestellten Krankenanstaltsärzte um 4,8 v.H. gestiegen, während sich die Zahl der Belegärzte nicht verändert hat. Außerdem arbeiteten 1958 in den Krankenanstalten 626 hospitierende und unbezahlte Ärzte, ferner 1 393 Medizinalassistenten.

An Pflegepersonal waren 101 510 Pflegepersonen (ohne Pflegeschüler und -schülerinnen) am Jahresende 1958 in den Krankenanstalten tätig; das waren 8,4 v.H. mehr als im Vorjahr. Mit 28,1 v.H. gegenüber 1957 hat die Zahl der Krankenpfleger stärker zugenommen als die der Krankenschwestern, die bei 7,3 v.H. lag. Bei den Kinderkrankenschwestern war eine Zunahme von 15,6 v.H. festzustellen.

Von den in den Krankenanstalten tätigen Hebammen hatten 26,7 v.H. ein festes Anstellungsverhältnis, wobei im Vergleich zum Vorjahr eine Abnahme von 3,9 v.H. sich ergab.

Unter den Pflegeschüler und -schülerinnen, deren Zahl sich gegenüber 1957 um 9,3 v.H. erhöht hat, ist bei den Krankenpflegeschülerinnen mit 20,2 v.H. eine stärkere Zunahme als bei den Krankenschwesternschülerinnen mit 12,2 v.H. zu verzeichnen. Die Zahl der Hebammenschülerinnen hat um 6,5 v.H. zugenommen.

Bei der Gruppe der med.-technischen Kräfte (med.-technische Assistenten, med.-technische Gehilfen, Krankengymnasten und Masseure) war

eine Zunahme von rund 7 v.H. festzustellen.

Die Zahl der Verwaltungskräfte hat im Berichtsjahr um 5,8 v.H. zugenommen.

Bei den Wirtschaftskräften ist eine Zunahme von 5,3 v.H. festzustellen.

Die nachstehende Aufstellung gibt im einzelnen nach dem Beruf das Personal an, das im Jahre 1958 in den Krankenanstalten im Bundesgebiet tätig war:

B e r u f	1 9 5 8				1958 1957 1956			
	Perso- insge- samt:	davon in öffent- lichen	freien gemein- nützi- gen	privat- en	auf : 000 plan- mäßige Kamern:			
Hauptamtliche Kranken- anstaltsärzte	21 983	14 348	6 262	1 373	39	38	38	
davon:								
Leitende Ärzte	4 902	2 338	1 742	822	9	9	6	
Nachgeordnete Ärzte	17 081	12 010	4 520	551	31	29	32	
Belegärzte	7 064	2 252	3 978	834	13	13	13	
zusammen:	29 047	16 600	10 240	2 207	53	51	51	
Hospitierende und unbe- zahlte Ärzte	626	580	35	11	1	2	2	
Medizinalassistenten	1 393	1 134	226	33	2	2	2	
Pflegepersonen	101 510	63 033	34 243	4 234	182	169	165	
darunter:								
Krankenschwestern	68 132	41 044	24 169	2 919	122	115	111	
Krankenpfleger	9 157	7 436	1 578	143	16	13	12	
Kinderkrankenschwestern	9 052	5 553	3 241	258	16	14	14	
Hebammen	4 932	2 190	2 308	434	9	9	9	
Pflegeschüler und Pflegeschülerinnen	21 098	11 498	9 425	175	38	35	31	
Approbierte Apotheker	405	302	101	2	1	1	1	
Medizinisch-technische Hilfskräfte	17 795	10 801	5 867	1 125	32	32	37	
darunter:								
Medizinisch-technische Assistenten und Assi- stantinnen	7 875	5 437	2 102	326	14	14	15	
Medizinisch-technische Gehilfen und Gehilfin- nen	2 235	961	1 102	172	4	3	3	
Krankengymnasten	1 476	874	454	148	3	3	2	
Masseure, Masseusen	2 037	952	804	281	4	4	3	
Pfursorgerinnen	156	127	26	3	-	-	-	
Erziehungs- und Lehr- kräfte	1 000	341	591	68	2	-	-	
Verwaltungskräfte	21 215	12 499	7 268	1 448	38	36	35	
Wirtschaftskräfte	123 449	67 257	48 041	8 151	221	212	205	

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel